

KLIMASCHUTZ

Spektakel in Nairobi



Achtung Energiefresser: Luxemburgs Umweltministerium klärt per Glückskeks auf. (Foto: woxx)

Es ist wieder Klimakonferenz: In Nairobi werden die Grundsteine für das nächste Klimaschutz-Abkommen gelegt. Und Kontakte für den Handel mit Emissionen geknüpft.

Umweltminister Lucien Lux stellt sich auf eine "spektakulär unspektakuläre" Klimakonferenz ein. Auf der zwölften "Conference of the Parties", kurz Cop12 genannt, müsse es gelingen, "die Drittweltländer auf die Seite der EU zu bekommen". Das heißt in diesem Fall: auf die Seite derer, die sich für eine verbindliche Klimaschutzpolitik einsetzen.

Dass die Länder des Südens in der Realität längst die Kehrseite des wärmer werdenden Klimas zu spüren bekommen, weiß auch Lucien Lux. Die rund 5.000 Vertreter aus 190 Ländern, die noch bis zum nächsten Freitag in Nairobi verhandeln, haben ein imposantes Beispiel vor der Nase: Der Gipfel von Afrikas höchstem Bergmassiv, dem Kilimandscharo, wird Schätzungen zufolge in 20 bis 30 Jahren schneefrei sein. Ein Verlust, der die zahlreichen Fotosafaris an Kenias Grenze zu Tansania nur geringfügig beeinträchtigen wird. Die Viehhirten und Bauern am Fuße des Kibo jedoch müssen tagtäglich mit den Folgen der zunehmenden Dürre und des ausbleibenden Regens kämpfen.

EU-Kyoto-Ziel: Es wird knapp

Wenn die EU-Staaten diese Länder überzeugen wollen, dann müssen sie künftig mehr in Hilfsmaßnahmen investieren, lautet das Fazit von Umweltminister Lux. In Nairobi werde sich Luxemburg deshalb vor allem für die Idee eines Anpassungsfonds für Entwicklungsländer mit einer Höhe von mindestens 400 Millionen Euro einsetzen. Während die Minister erst ab dem kommenden Mittwoch in der kenianischen Hauptstadt erwartet werden, sind die Delegierten bereits jetzt dabei, das Handwerkszeug für das zweite Kyoto-Abkommen auszuhandeln. Die zweite Phase wird ab 2013 eingeläutet, die Gespräche sollen bis 2009 abgeschlossen sein.

Bislang konnte die Europäische Union im Klimaschutzprozess die Rolle der "Guten" ziem-

lich überzeugend spielen. Ob das so bleibt, wird auch von den Evaluierungen des ersten Kyoto-Abkommens abhängen. Die EU werde ihr Kyoto-Ziel auf jeden Fall erreichen, verkündeten am Mittwoch die Delegierten der EU-Kommission in Nairobi. EU-intern trat die Kommission vor gut zwei Wochen etwas weniger selbstsicher auf. Nach jüngsten Prognosen werden die 15 Staaten, die der EU vor 2004 angehörten und die sich in Kyoto verpflichtet hatten, ihre Gesamtemissionen im Zeitraum von 2008 bis 2012 um acht Prozent zu senken, "ihr Ziel nur knapp erreichen". Aus einer Ende Oktober veröffentlichten Presseerklärung ging außerdem hervor, dass sieben der 15 Länder "voraussichtlich ihre individuelle Emissionsgrenze überschreiten" werden.

Machen wir innerhalb der EU so weiter wie bisher, das heißt, werden über die derzeitigen politischen Strategien hinaus keine Maßnahmen getroffen, wird die Reduktion bis 2010 lediglich 4,6 Prozent betragen. Fazit: Nur der Emissionshandel kann die EU noch retten, doch auch die dadurch erkaufte Gutschriften werden laut Kommission die Gesamtreduktion bis 2010 lediglich auf 7,2 Prozent heben. Den Rest an CO₂-Einsparungen muss ein äußerst umstrittenes Instrument des Klimaschutzes liefern: Aufforstungsmaßnahmen, durch die Kohlendioxid aus der Luft in so genannten Kohlenstoffsenken gebunden wird, könnten dazu führen, dass das Kyoto-Ziel von acht Prozent gerade Mal so erreicht wird.

Auch Luxemburg kommt ohne den Einkauf von CO₂-Krediten nicht aus, das hat Lucien Lux immer wieder betont. Der Emissionshandel sei ein wichtiges Instrument, so Lux, in Nairobi werde er bilaterale Kontakte pflegen. Vor allem die Beziehungen zu den afrikanischen Ländern will Lux verbessern, besonders im Hinblick auf die so genannten Clean Development Mechanisms (CDM). Das sind Verträge, mit denen sich Luxemburg bei Ent-

wicklungsländern CO₂-Kredite kaufen kann, indem es dort beispielsweise Aufforstungsprojekte finanziert. Derzeit würden nur drei Prozent der CDM-Verträge mit afrikanischen Ländern abgeschlossen, so Lux.

Hoffen auf die USA?

Auf dem Verhandlungstisch wird in Nairobi sicher auch der Ende Oktober veröffentlichte Stern-Report liegen. Der mehr als 700 Seiten umfassende Bericht des Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, befasst sich mit den Kosten des Klimawandels. Stern rechnet darin vor, dass ein Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausreichen würde, um die Erderwärmung unter Kontrolle zu bekommen. Lucien Lux begrüßte die Studie, räumte jedoch ein, "dass wir in Luxemburg noch nicht da angekommen sind". Ein Prozent des BIP würden umgerechnet 300 Millionen Euro bedeuten, momentan befinden sich im Kyoto-Fonds rund 80 Millionen Euro.

Rechtzeitig zu Beginn der zwölften Klimakonferenz kam die Nachricht des Wahlsiegs der Demokraten in den USA. Hierin sieht nicht nur Lux "einen der wichtigsten Beiträge zum Klimaschutz". Auch die Umweltschützer überschlugen sich in ihren Pressecommuniqués über die positiven Aussichten, die das für die Perspektive der US-Klimaschutzpolitik bedeute. Nun steigen die Chancen, so die Hoffnung, dass die USA bis 2009 doch noch mit am Verhandlungstisch sitzen. Bald wird sich zeigen, wie diesbezüglich das Engagement der Demokraten in der Praxis aussieht. In Luxemburg wird bis dahin in Sachen Klimaschutz vor allem ein Dauerbrenner die Diskussion bestimmen: Der Tanktourismus sei vermutlich das große Thema im Wahlkampf 2009, so Lux, der sich gegen eine zu große Abhängigkeit von dieser Geldquelle aussprach. Es könne nicht sein, "dass der Budgetminister wegen einer Baustelle auf der Autobahn Schnupfen bekommt".

Danièle Weber

Vom Konflikt zum Krieg

(wdv) - Bombenanschläge, Straßenschlachten, Blockaden – der Konflikt im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca hat in den letzten Tagen an Schärfe zugenommen, und zugleich hat er sich auf das gesamte Land ausgedehnt. In der gleichnamigen Hauptstadt des Bundesstaates lieferten sich am Freitag vor einer Woche Lehrer, Studenten und Indigenas eine erbitterte Schlacht mit der Bundespolizei (PFP), im südöstlichen Chiapas blockierten mehrere tausend Mitglieder der Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) den Verkehr. In Mexiko-Stadt legten Guerillagruppen Bomben, durch die unter anderem das Bundesbüro der Partei der Institutionellen Revolution (PRI) schwer beschädigt wurde. Alle sind durch eine Forderung geeint: "Weg mit Ulises Ruiz."

Für die Absetzung des PRI-Mannes Ruiz von seinem Posten als Gouverneur des Bundesstaates kämpfen Lehrer und die in der "Versammlung der Bevölkerung Oaxacas" (Appo) organisierten Aktivisten schon seit Mitte Juni. Damals hatte der repressive Politiker eine ganze Armada von Polizisten auf die streikenden Pädagogen gehetzt. Linke und indigene Gruppen solidarisierten sich mit den Lehrern, gemeinsam nahmen sie die Stadt unter Kontrolle. Ende Oktober wollte die Bundesregierung das Treiben beenden: 3.500 PFP-Beamte stürmten Oaxaca, die Aufständischen zogen sich in die autonome Universität zurück.

Als die PFP dann am Freitag das Hochschulgelände angriff, kam es erneut zu heftigen Auseinandersetzungen. Nach siebenstündigen Kämpfen konnte die Appo, unterstützt durch Anwohner, die Beamten in die Flucht schlagen. "Die Bewegung hat bewiesen, dass sie sich verteidigen kann", resümierte Carlos Baes von der indigenen Organisation Ucizoni. Zwei Tage später beteiligten sich mehrere zehntausend Menschen an einer Demonstration in Oaxaca. "Trotz der illegalen Festnahmen, der Menschenrechtsverletzungen und der Verschwundenen", ergänzt Baes.

17 Personen sind bereits gestorben, viele von ihnen wurden von paramilitärischen PRI-Banden ermordet. Menschenrechtler sprechen von 45 Verhafteten, die allein seit dem Einmarsch der Bundespolizei verhaftet worden seien und deren Verbleib unbekannt sei. Amnesty International forderte die Aufklärung von Foltervorwürfen.

"Der politische Konflikt ist zu einem Krieg geworden, in dem es nur ein Ende gibt, wenn eine Seite geschlagen wird", resümiert die Analytikerin Ana Esther Ceceña. Deshalb könne es zu einem Massaker kommen, wenn Ruiz nicht zurücktritt. Selbst Innenminister Carlos Abascal hat den Gouverneur aufgerufen, zurückzutreten, wenn er nicht sofort unter Beweis stelle, dass er den Bundesstaat regieren könne.

Auch die Appo hofft auf eine friedliche Lösung. Mit den Bombenanschlägen vom Montag habe man nichts zu tun, erklärten Sprecher des Bündnisses. Viele vermuten Provokateure hinter den Aktionen. Wer die Attentate mit der Bewegung in Verbindung bringe, delegitimiere den Kampf für die Interessen der Bevölkerung Oaxacas. Am Wochenende will die Appo in einer konstituierenden Versammlung ihr politisches Statut, ihr Programm und ihre Ziele als Organisation festlegen.

Gewinne nur für Reiche

Neben den Spam-Mails nehmen auch die - durch das Internet verbilligten - Spam-Telefonate zu. Keine Woche in der sich nicht ein New Yorker Broker nach dem CEO der woxx erkundigt. Er will wissen wieviel Geld der gute Mann gerade flüssig hat - für einen besonders lukrativen Deal. Die ehrliche Antwort führt meist zur freundlichen Floskel "good luck for your business" - und der Anrufer klinkt sich aus der Leitung. Zu früh, denn wir hätten ihm doch so gerne verraten, dass in der gleichen Straße, ein paar Meter weiter, ein anderer frischgebackener CEO mit Milliarden nur so um sich schmeißt.